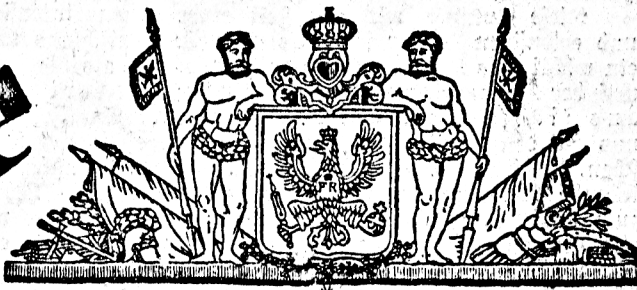


# Wossische



# Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Wossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn- und Festtags nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Umschau in Technik un. Wirtschaft, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntagsbeilage, Allgemeine Verlosungstabelle, Wochenkurszettel der Berliner Börse.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend monatl. 5,50 M., durch eigene Boten tgl. zweimal frei ins Haus; durch die Post 5.— M. (ohne Bestellg.). Anzeigen: Zeile 2.— M. u. 50% Teuerzuzuschlag. Familienanzeigen 1,25 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22/26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsstell.): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11800, 11801, 11802 bis 11850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

## Chechische Parteikämpfe.

Von  
Richard Ras,

Berichterstatter der „Wossischen Zeitung“.

\* Prag, 21. Dezember.

Am Donnerstag ist die tschechische Nationalversammlung in die Weihnachtsferien gegangen, nach genau 100 Sitzungen, in denen die entandten und gewählten Deputierten in so atemloser Hast Gesetz um Gesetz durchgepeitscht haben, daß ein eigenes Unisierungsministerium geschaffen werden mußte, um die einander oft völlig widersprechenden Beschlüsse unter einen Hut zu bringen. Je näher der unabwiesbare Termin der Parlamentswahlen und damit der Eintritt der Deutschen, Polen und Ungarn in die Nationalversammlung heranrückt, um so dringlicher geizt es dem jetzigen kooptierten Parlament Abhilfe zu schaffen. Der Rohbau des Staates, der in aller Hast zusammengezimmert worden ist, trägt rein slawischen Typ. So eifrig aber die sogenannte Nationalversammlung den Bau betrieben hat, so leicht machte sie sich ihn, indem sie ganz große Bruchstücke der vor einem Jahre abgebrochenen österreichischen Legislatur übernahm und die Plafonds ihrer Justiz ebenso wie die Fußböden ihrer Verwaltung in altösterreichischen Parlamentsstühle stellte. Bei solcher Hast kann aber leicht geschehen, daß man mit dem alten Moder auch altes Angezeier ins neue Haus überträgt, und es hat denn auch tatsächlich stark den Anschein, als sollte so manche Irrebranta, so manche zentrifugale Kraft Altösterreichs in der Tschechoslowakei eine feindliche Auf-erhebung begehen.

Die letzte Sitzung, nach der der Dampfbetrieb unserer Gesetzesmaschine ein wenig ausruhen kann, war auch ihre bedeutendste. Sie war nämlich die erste, bei der die als Nationaldemokraten gezeichneten bürgerlichen Parteien der Tschechen, deren politischer Führer Kramarisch und deren wirtschaftlicher Rasch ist, in starker Opposition gegen die Regierung traten, indem sie ihr das Budgetverweigerungsrecht verweigerten. So verhielt sich die Koalitionspartei, also Sozialdemokraten, Nationalsozialisten und Agrarier, über eine so starke Mehrheit, daß sie auf die bürgerlichen Stimmen verzichten konnten. Aber nichtsdestoweniger ist es von größter hynterpolitischer Bedeutung, daß nicht einmal sämtliche tschechische Parteien für ein Budget zu haben sind. Da nun die gesamte tschechische und slowakische Partei in einem gewählten Parlament nur eine höchst knappe Mehrheit über die vereinigten Polen, Deutschen und Magyaren haben wird, dürfte in Zukunft die Opposition jeder tschechischen Partei, auch der Kleinsten, imstande sein, ein Budget zu verweigern, oder eine Regierung zu stürzen. Man sieht, daß die gegenwärtige Nationalversammlung allen Grund hat, sich eine ständige labile Innenpolitik umlichtet lange hinauszuschieben, und es laufen denn auch wieder Gerüchte um, die die Parlamentswahlen nicht für den Januar, ja nicht einmal für den Februar, sondern erst für den Juni ausgeschrieben haben, obgleich es technisch möglich wäre, sie noch im Winter zu absolvieren. Einzig die tschechischen Sozialdemokraten, die sich ihrer politischen Verantwortlichkeit am stärksten bewußt sind, könnten die Verschiebung verhindern, und sie werden es hoffentlich tun.

Was nun die besagte hundertste Sitzung angeht, von der eingangs die Rede war, und die Budgetdebatte, die sie brachte: niemals hatte es irgendeine Opposition so leicht, einen Staatsvoranschlag zu beanstanden, wie diesmal, und sogar der Bundesreferent, ein Agrarier, mußte beanstanden, daß nicht weniger als 75 v. H. der gesamten über 10½ Milliarden betragenden Ausgaben dem Ministerium für nationale Verteidigung dienen sollen, während alle anderen Staatsbedürfnisse mit 43 v. H. sich begnügen müssen. Sogar der Referent mußte sich über die verhältnismäßig niedrige Summe beschweren, die dem Schulwesen zugestanden worden ist. So hatte also Herr Rasch in, der Hauptredner der Opposition, leichtes Spiel. Er begann mit einem kleinen persönlichen Seitenhieb gegen den Finanzminister, der seinem Amte noch knapp vor Jahreschluß vier neue Automobile angeschafft hatte, bejammerte sodann die Höhe dieses Budgets genau so eifrig, wie er die kaum geringere seines eigenen vor knapp dreiviertel Jahren geprüften hatte, und prophezeite, daß ein Budget von 10½ Milliarden Kronen die Zukunft der Republik gefährden müsse. Dann kam er mit einem eleganten Uebergang auf die allerdings sehr peinliche Nahrungs- und Kohlenkrise zu sprechen, welsch letztere nebenbei gesagt zur Einstellung des gesamten tschechoslowakischen Zugverkehrs während der Weihnachtsfeiertage zwingt, und schloß mit dem Appell, nimmer dürfe die tschechoslowakische Republik die österreichische Kriegsanleihe anerkennen, denn diese hätte nur den Zweck gehabt, die Tschechen unter das Joch Österreichs, und ganz Österreich unter das Joch Deutschlands zu zwingen.

Sein Nachfolger und Gegenredner, der Finanzminister Sonntag, mußte sich solch statlichem Material gegenüber mit einer recht trockenen Erklärung begnügen, die stellenweise dürftig und insgesamt wenig überzeugend war. Freilich kann man auch von Vertretern einer Regierung, die eben nach einer schweren Krise Rekonvalenzent ist und in starker Gefahr schwebt, ein Demissionsrezidiv zu befehlen, kein Uebermaß an Bezeigerung und Ueberzeugung verlangen. Herr Sonntag konnte dies um so weniger, als ihm ein Redner seiner eigenen Partei unzweideutige Drohungen vorgebracht hatte, die für den Fall berechnet waren, daß

es die Regierung wagen sollte, mit Österreich andere als rein wirtschaftliche Vereinbarungen zu treffen.

Die Ankunft Dr. Kenners in Prag wird übrigens auch von den Bürgerlichen mit großer Spannung erwartet, denn die Kramarisch-Partei nimmt an, daß die Regierung Zusatz dem Kanzler Österreichs nur um eine Nuance zu weich sein wird und daß diese Nuance eine vortreffliche Wahlpropaganda gegen die Sozialdemokraten, die Nationalsozialisten und Agrarier abgeben wird. Denn der Haß gegen Wien ist im tschechischen Volk noch immer lebendig, und er ist weit stärker als jener gegen Berlin, der doch nun vernünftigen wirtschaftlichen Erwägungen zu weichen beginnt.

## Die deutsche Kommission für Paris.

Wie von uns bereits gemeldet wurde, ist eine deutsche Kommission nach Paris abgereist, um die Verhandlungen über die technische Ausführung der Friedensbestimmungen zu führen. Ihr Führer ist Ministerialdirektor v. Simson, die Teilnehmer sind im wesentlichen dieselben, die schon mit Herrn v. Simson im November in Paris gewesen sind.

## Der Erlatz für Scapa Flow.

Drahtmeldung.

Paris, 20. Dezember.

Wie „Leit Parisien“ mitteilt, wird in der heute nachmittag stattfindenden Sitzung des Fünferates Frankreich jedenfalls Vorschläge über die Lösung der Frage des Ersatzes für die zerstörten Schiffe von Scapa Flow machen. Marineminister Lougeux und Wirtschaftsminister Loucheur seien zu einem Kompromiß gelangt. Frankreich werde auf seiner Forderung auf Vieferung der 5 leichten Kreuzer bestehen, werde sich aber entgegenkommend bei der Vieferung des Hafensmaterials zeigen. Man habe Grund, anzunehmen, daß England sich diesem Standpunkt nicht widersetzen werde. Das Blatt sieht deshalb voraus, daß die Unterzeichnung des Protokolls noch vor Weihnachten und der Austausch der Ratifikationsurkunden so rasch erfolgen werde, daß der Friede am 1. Januar eintreten könne.

## Amerika gegen die Bolschewisten.

Drahtmeldung.

Paris, 20. Dezember.

Wie der Berichterstatter des „Matin“ in Washington meldet, hatten Staatssekretär Lansing und der japanische Botschafter Anfang Dezember eine lange Besprechung über die Mittel einer wirksamen Bekämpfung der Bolschewisten. Lansing sagte, obwohl die Vereinigten Staaten kein so unmittelbares Interesse wie Japan daran hätten, die Bolschewisten an der Festsetzung in Wladiwostok zu hindern, hielten sie es doch für dringend geboten, die militärische Maschine Lenins und Trozkis zu zerstören. Ein Eingreifen der Vereinigten Staaten in Sibirien sei durchaus unsicher. Die Regierung könne ohne Zustimmung des Kongresses, von dem gewisse Mitglieder überhaupt eines Eingreifens seien, nichts tun. Auf jeden Fall möge Japan, wenn nötig, allein handeln; Amerika werde dagegen keinen Einspruch erheben.

Englische Blätter melden nach einem Moskauer Fundpruch, daß die rote Armee sich Ostwärts näherte. Sie hätte 5000 Gefangene gemacht, darunter einige Generale und 54 Geschütze erbeutet.

## Pichons Nachfolger?

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

b Genf, 20. Dezember.

Als Nachfolger Pichons im Ministerium des Auswärtigen nennt man jetzt Millerand, der im Falle seiner Berufung zum Ministerpräsidenten die Absicht haben soll, das Portefeuille des Auswärtigen zu übernehmen. Man spricht aber auch viel von einer Kandidatur Millerands für eine Präsidentschaft der Republik, da man glaubt, daß Clemenceau eine auf ihn fallende Wahl nicht annehmen wird. Als ernsthafter Gegenkandidat für die Präsidentschaft gilt nur der frühere Generalgouverneur von Algier Sarrard.

Die siebzehn sozialistischen Stadträte von Straßburg, darunter Bürgermeister Peirotes, haben eine Erklärung abgegeben, in der sie sich der Rundgebung anschließen, mit der die sozialistischen Verbände Elsaß-Lothringens der Rückkehr des Landes zu Frankreich ausdrücklich zugestimmt haben. Sie protestieren aber dagegen, daß die 112000 sozialistischen Wähler Elsaß-Lothringens durch das willkürliche Wahlrecht einer angemessenen Vertretung im französischen Parlament beraubt worden sind.

## Kultur-Politik.

Von

Dr. Hugo Einzheimer,

Professor an der Universität Frankfurt a. M. und Mitglied der Nationalversammlung.

Wir veröffentlichen den nachstehenden Aufsatz gern wegen seines allgemeinen Gedankenganges, in dem wir uns mit dem Verfasser eins wissen. Gegen einen Punkt seiner Darlegungen oder können wir schwere Bedenken nicht unterdrücken. Die „Sozialisierung des Geistes“, auf die letzten Endes der vorgeschlagene Reichskulturfonds hinausläuft, birgt Verantwortungen und Gefahren, auf die wir früher schon einmal aufmerksam gemacht haben, die wir aber angesichts der bestehenden Ausführungen von Einzheimer demnächst noch einmal beleuchten werden.

Es ist natürlich, daß angesichts der materiellen Not unseres Volkes der Gedanke an die Förderung der Kulturaufgaben in den Hintergrund getreten ist. Der Gedanke an die Pflege des inneren Daseins des Menschen wird durch die Sorge um sein äußeres Dasein überschattet. Und doch müssen wir anfangen, uns klar zu machen, daß wir nicht nur äußere Güter, sondern auch innere Kräfte brauchen, um die Not des Lebens zu überwinden, den Mut und die Möglichkeit zu einem neuen Aufstieg zu erlangen. Der Mensch braucht nicht nur Brot, er bedarf auch der Freude. Das Bedürfnis nach innerer Ausfüllung und Beschäftigung ist um so dringender, je mehr die Entwicklung voranschreitet, den Menschen von abhängiger Arbeitslast zu befreien und ihn sich selbst zu geben. Der Achtstundentag, den die Revolution geschaffen hat, hat nur dann die von ihm erstrebte Wirkung, wenn durch gleichzeitige Entwicklung allgemeiner Kulturformen der freiwerdende Menschengeist seinen wahrhaftigen Quellen zugeführt wird. Es kommt dazu die Pflicht, die uns eine wahrhafte Demokratie auferlegt. Demokratie bedeutet nicht nur die gleiche Teilnahme am Recht, sie fordert auch die gleiche Teilnahme an der Kultur. Eine Demokratie, die ihren kulturellen Beruf nicht einsehen würde, die den Tag zum Mittag verwandelte, eine jede Farbe aus dem Leben striche, nur Nüchternheit und Geschäftssinn über alles setzte, würde bald an innerer Entkräftung zugrunde gehen.

Die Frage der Kulturpolitik ist heute vor allem eine Frage der finanziellen Mittel. Die Selbsthilfeorganisationen, die so glücklich in mannigfaltigster Weise in Deutschland entwickelt sind, müssen erhalten und gefördert werden. Aber sie können mit ihren Mitteln allein die Aufgaben nicht lösen, die einer tiefgreifenden, planmäßigen, auf die Durchdringung des ganzen Volkes bedachten Kulturpolitik gestellt sind. Und ebenso sind die Mittel der Städte und Länder beschränkt. Deswegen ist auf dem Gebiete der Kulturpolitik die Hilfe des Reichs notwendig, nicht nur um für eine allgemeine planmäßige Gestaltung Sorge zu tragen, sondern um die Mittel zur Verfügung zu stellen, die ein System kulturpolitischer Maßnahmen erforderlich macht. Wie heute die Dinge liegen, wird es schwer sein, aus der Reichskasse solche finanziellen Mittel flüssig zu machen. Das Problem der Kulturpolitik besteht deshalb heute darin, in einem besonderen Reichsfonds Mittel für Kulturzwecke zu sammeln, ohne die Reichskasse unmittelbar in Anspruch zu nehmen. Es kann dies auf verschiedenen Wegen geschehen, die alle zusammen benutzt werden sollen, um zum Ziele zu kommen.

1. Millionen und Abermillionen Menschen geben täglich Millionen aus, um Genüssen nachzugehen, die ihr Kulturbaseln schädigen, es jedenfalls nicht fördern. Sie verleben damit die Kulturpflicht, deren Erfüllung wir von allen Volksgenossen zu fordern haben. Diejenigen, die sich dieser Pflicht entziehen, sollen eine Abgabe an diejenigen leisten, die jene Pflicht anerkennen und zu erfüllen bereit sind. Die Kultur soll von der Kulturlosigkeit leben! Darum hat ein jeder, der in Kinos Einzelangels, Ballsälen und ähnlichen Veranstaltungen sein Vergnügen sucht, die keinen höheren, geistigen oder künstlerischen Interessen dienen, einen Opferpfennig zu leisten, damit diejenigen Veranstaltungen leben können, die wahrhaftigen Kulturzwecken zutreiben. Ein jeder, der eine Eintrittskarte zum Besuch kulturloser Veranstaltungen löst, zahle 10 Pfennige hinzu für den Reichskulturfonds. Die technische Form dafür zu finden, wird nicht schwer sein. Aus dem Tribut der kulturlosen Stunden werden Millionen in die Kassen der Kultur strömen.

2. Wir haben Subventionen in der Kriegszeit für die Opfer des Krieges erlebt, die viele Millionen an Kriegsbeschädigte und die Hinterbliebenen von Kriegstoten erbrachten. Ein prächtiges Zeugnis menschlicher Solidarität! Man halte den Grundgedanken dieser Spenden, durch freiwillige Gaben höheren Zwecken zu dienen und dadurch große Summen zu sammeln, aufrecht und pflege ihn weiter für den Aufbau unserer niedergedrückten Volkskultur.